

Die Wohnung ist zu teuer!

Was bleibt vom Lohn, von HartzIV oder von der Rente übrig, wenn die Miete mehr als die Hälfte des Einkommens frisst?

Ein karges Loch auf dem Konto oder in der Spardose und das dumpfe Gefühl, dass es irgendwann nicht mehr ausreichen könnte.

Mehr als 180 000 Menschen leben zusammen im Wedding/Gesundbrunnen und die meisten davon wohnen zur Miete. Ob nun frisch saniert und neuvermietet oder mit altem Mietvertrag gerade eben eine neue Spüle erbettelt – die Mietspirale im Kiez schraubt sich nach oben und alle sind betroffen.

Die Wut und Spannung in den Berliner Kiezen über diese Zustände sollte nicht zuletzt durch die Demonstration gegen Verdrängung und Mietenwahnsin am 14. April 2018 mit fast 30.000 Menschen auch den letzten Hinterhof und Schreibtisch erreicht haben. Auch hier im Wedding zog zwei Wochen später eine antikapitalistische Demonstration mit 3.000 Nachbar*innen unter dem Motto «Widerständig und solidarisch im Alltag» durch den Kiez, bei der das Recht auf Wohnen für alle eines der Hauptanliegen war. > *Weiterlesen auf S.3*



Warum Plumpe?

«Plumpe» – ein schönes Wort, wie wir finden. Umgangssprachlich wurde früher der Gesundbrunnen, aber auch das alte Hertha-Stadion so genannt. Im alten Berlin meinte es die «Wasserpumpe». Als Teil unserer Berichterstattung über Wedding und Gesundbrunnen wollen wir das Wort Plumpe wieder aufnehmen.

Warum Milieuschutz und für wen?

Die «Neoliberalisierung der Städte» – ein Schreckgespenst von dem wir in letzter Zeit immer häufiger hören. Aber was

hat es damit auf sich? Und was hat das mit unseren Kiezen zu tun? Die «neoliberale Stadt» beschreibt die Ausrichtung der gesamten Stadtentwicklung an der Idee des freien Marktes. Es wird angenommen, dass dieser von alleine und ohne Regulierungen alle Probleme am besten lösen kann. Die Folge sind die Zurücknahme staatlicher Sozialprogramme und weitreichende Privatisierungen um dies durchzusetzen. > *Weiterlesen auf S.6*

Nicht alle wollen sich spalten lassen

Im Vorfeld der Demonstration am 30. April ging die Polizei entlang der geplanten Route in die Läden und informierte die Besitzer*innen darüber, dass eine vermeintlich gefährliche Demo direkt bei ihnen vorbeikomme. Sie verteilte polizeiliche Aushänge und empfahl, die Sitzgelegenheiten vor ihren Läden zu entfernen. So sollten wohl die Besitzer*innen und Angestellten der Läden schon gegen die Demo aufgebracht werden, bevor sie überhaupt stattgefunden hatte. Einige haben, wie uns berichtet wurde, daraufhin geantwortet: «Nein, das hängen wir nicht auf und wir räumen auch nichts weg. Die, die dort laufen, sind unsere Freunde! Vor denen haben wir keine Angst.»



Transparent auf der Demo «Widerständig und solidarisch im Alltag» am 30. April im Wedding

Alltagsüberwachung am Kottbusser Tor als Beispiel für den Leopoldplatz S.10

40 Jahre Cafe Cralle – Ein kurzes Interview S.14

Soziale Zentren in Süditalien – Im Herzen der Nachbarschaft S.15

Inhalt Sonderausgabe #0

TITEL

3 Die Wohnung ist zu teuer!

Was bleibt vom Lohn, von HartzIV oder von der Rente übrig, wenn die Miete mehr als die Hälfte des Einkommens frisst?

6 Wer ist dieses Milieu und warum wollt ihr es schützen?

Die »Neoliberalisierung der Städte« - ein Schreckgespenst, von dem wir in letzter Zeit immer häufiger hören. Aber was hat es damit auf sich? Und was hat das mit unseren Kiezen zu tun?

8 Fotoalbum

THEMEN

10 Ein Kiez unter Verdacht!

Erfahrungen mit der Alltagsüberwachung am Kottbusser Tor als Beispiel für den Leopoldplatz

12 «Gemeinsam die Angst wegschmeißen»

Interview mit der unabhängigen Erwerbsloseninitiative Basta!

13 Achtung! Verdrängungsgefahr

Ein weiterer Kinderladen im Wedding bangt um sein Fortbestehen

14 «Außerdem, verstehen wir das Cralle auch als politischen Ort!»

40 Jahre – Ein kurzes Interview über das Cafe Cralle

14 Ein Kiezhaus für die Nachbarschaft

BERICHT INTERNATIONAL

15 Soziale Zentren in Südtalien – Im Herzen der Nachbarschaft

Bericht über das soziale Zentrum Laboratorio Casamatta

Auftakt

Im Wedding gab es immer mal wieder Stadtteil- oder Kiezzeitungen, wie zum Beispiel die Wedding Neueste Zeitung. Zur Zeit gibt es aber – soweit wir wissen – nur die Zeitungen Ecke Müllerstraße, Panker65 oder brunnen – diese werden allerdings vom «Aktiven Stadtzentrum Müllerstraße», oder dem Quartiersmanagement Pankstraße, also Projekten des Senats, herausgegeben und interessieren sich wenig für das, was die meisten Menschen hier täglich beschäftigt. Über den Wedding und das, was hier geschieht, gibt es viel mehr zu berichten!

Die gesellschaftlichen Verhältnisse zeigen sich dort am deutlichsten, wo wir wohnen und leben: Steigende Mieten, Verdrängung, Alltagsrassismus, Druck und Drangsalierungen durch das Jobcenter, staatliche Überwachung und rechte Hetze sind auch im Wedding Alltag. Aber um gegen genau diese Zustände anzugehen, um sich gemeinsam zu wehren oder sich zu unterstützen, tun sich im Wedding auch immer wieder Menschen zusammen. Wir wollen über die sozialen Kämpfe in unseren Kiezen berichten und euch Nachbar*innen darüber informieren, was nebenan passiert. Wir sind keine Mitglieder irgendwelcher Parteien, noch sitzen wir in irgendwelchen Gremien des Bezirks oder Senats. Trotzdem ergreifen wir Partei.

Im Rahmen der antikapitalistischen Demonstration «Organize!», die jedes Jahr am 30. April im Wedding stattfindet, gab es dieses Jahr vom 20.-30. April eine volle Aktionswoche mit dem Titel «Widerständig und solidarisch im Alltag», bei der sich viele Initiativen und Gruppen beteiligten. Diese Aktionswoche nehmen wir zum Anlass für die erste Plumpe Ausgabe – eine Sonderausgabe rund um die sozialen Themen, die dieses Jahr zwischen April und Juni im Fokus standen.

Kontakt

post@plumpe65.press
Blog: plumpe65.press

Die Wohnung ist zu teuer!

Was bleibt vom Lohn, von HartzIV oder von der Rente übrig, wenn die Miete mehr als die Hälfte des Einkommens frisst?

Plumpe Redaktion

Ein karges Loch auf dem Konto oder in der Spardose und das dumpfe Gefühl, dass es irgendwann nicht mehr ausreichen könnte.

Mehr als 180 000 Menschen leben zusammen im Wedding/Gesundbrunnen und die meisten davon wohnen zur Miete. Ob nun frisch saniert und neuvermietet oder mit altem Mietvertrag gerade eben eine neue Spüle erbettelt – die Mietspirale im Kiez schraubt sich nach oben und alle sind betroffen.

Die Wut und Spannung in den Berliner Kiezen über diese Zustände sollte nicht zuletzt durch die Demonstration gegen Verdrängung und Mietenwahnsin am 14. April 2018 mit fast 30.000 Menschen auch den letzten Hinterhof und Schreibtisch erreicht haben. Auch hier im Wedding zog zwei Wochen später eine antikapitalistische Demonstration mit 3.000 Nachbar*innen unter dem Motto «Widerständig und solidarisch im Alltag» durch den Kiez, bei der das Recht auf Wohnen für alle eines der Hauptanliegen war. Die Sozial- und Wohnungsbaupolitik ist kaputt. Spekulant*innen erzielen immer höhere Gewinne beim Verkauf von Immobilien und ziehen damit andere Spekulant*innen an. Berlin ist die Nummer eins – und zwar weltweit – beim Anstieg der erzielten Preise für Immobilien.⁽¹⁾ Auch Wohnungsbau-Gesellschaften wie Akelius oder Deutsche Wohnen wittern höhere Einnahmen und ziehen seit Jahren die Mietpreise an, so auch die DeGeWo im Brunnenviertel.

Alltägliche Angst

Wohnen ist ein Grundrecht und die soziale Lebensgrundlage. Viele Nachbar*innen realisieren das erst, wenn ihre Wohnsituation selbst bedroht ist. Angst vor dem Verkauf der Wohnung und einer teuren Sanierung ist allgegenwärtig. Kaum jemand kann sich noch den Umzug leisten und vor allem bei Familiennachwuchs wird noch eher kreativ umgebaut, als die aussichtslose Wohnungssuche beschränkt. Das führt auch dazu, dass in Berlin immer mehr Menschen auf immer weni-



Protestgraffiti an einer Hauswand in der Uferstraße

Mehr als 80% der in Berlin lebenden Menschen sind Mieter*innen

ger Raum leben müssen.

Wer kann, wehrt sich meist vereinzelt gegen Mieterhöhung, Zwangsmodernisierung, Kündigung wegen Eigenbedarf oder Entmietungstaktiken dubioser Hausverwaltungen. Unterstützung durch einen Anwalt ist zwar ein erster wichtiger Schritt, doch meist verpufft er erfahrungsgemäß nach zähem Ringen gegen eine vermietet*innen- und eigentümer*innenfreundliche Rechtsprechung der Gerichte. Die Erfahrung zeigt auch, dass Einzelfallklagen Ergebnisse einer gezielten Kommunikationsstrategie der Vermieter*innenseite bzw. Hausverwaltungen sind. Ein Beispiel dafür sind unterschiedliche Anschreiben an Mietparteien im gleichen Haus mit unterschiedlichen Forderungen. So soll verhindert werden, dass Mieter*innen sich wegen gleicher Probleme wehren und gemeinsam Druck ausüben.

Im schlimmsten Fall, begünstigt durch die Schlamperei der Ämter, flattert

dann der Bescheid für eine Zwangsräumung ins Haus. Viele schrecken zurück, packen die Koffer, ziehen – wenn möglich – zu Verwandten, verlassen die Stadt oder landen erstmal auf der Straße. Es wird der Eindruck vermittelt, man trage selbst Schuld, Zahlungen versäumt oder Regeln gebrochen zu haben. Wer bis zum Räumungstermin bleibt, macht Bekanntschaft mit den Gerichtsvollzieher*innen.

Raus aus der Bude

5000 – 7000 Räumungen finden jährlich allein in Berlin statt. Studien sprechen von mehr als 25 Zwangsräumungen pro Tag.⁽²⁾ Menschen die dadurch wohnungslos werden, sehen sich darüber hinaus auch mit einem versagenden staatlichen Hilfesystem und Diskriminierung auf vielen Ebenen konfrontiert. Am Ende verdienen private Investor*innen an dieser Krise, denn die gesetzlichen Notunterkünfte für Wohnungslose werden oft

V.i.S.D.P.: Elise Hampel, Amsterdamer Str. 10, 13347 Wedding

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. «Zur-Habe-Nahme» ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitung der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht persönlich ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Warum Plumpe?

«Plumpe» – ein schönes Wort, wie wir finden. Umgangssprachlich wurde früher der Gesundbrunnen, aber auch das alte Hertha-Stadion so genannt. Im alten Berlin meinte es die «Wasserpumpe». Als Teil unserer Berichterstattung über Wedding und Gesundbrunnen wollen wir das Wort Plumpe wieder aufnehmen.

Die Mieten in Berlin im Überblick:

Stadtteil	Miete 2012	Miete 2017	Veränderung
Kreuzberg	7,20 €/m ²	12,50 €/m ²	+74%
Wedding	6,40 €/m ²	10,50 €/m ²	+64%
Treptow	6,40 €/m ²	10,40 €/m ²	+63%
Friedrichshain	8,00 €/m ²	12,90 €/m ²	+61%
Mitte	9,00 €/m ²	14,50 €/m ²	+61%
Tiergarten	7,50 €/m ²	12,00 €/m ²	+60%
Prenzlauer Berg	8,00 €/m ²	12,60 €/m ²	+58%
Charlottenburg	7,70 €/m ²	12,00 €/m ²	+56%
Mariendorf	6,00 €/m ²	10,50 €/m ²	+55%

Laut einer Studie von immowelt (April 2018) über den Mietanstieg seit 2012 liegt der Wedding mit 65% auf Platz 2

privat betrieben und kosten pro Übernachtung.

Eine Wohngemeinschaft (WG) in der Dubliner Straße 8 soll nach dem Willen des Eigentümers, die Großvenediger GmbH, nun auch auf der Straße landen. Seit mehreren Jahren wehren sie sich aber gegen die Schikanen der Verdrängung. Mittlerweile liegt in diesem Fall sogar eine Beschwerde beim Bundesgerichtshof (BGH) vor. Trotzdem wurde für den 25.04.18, noch vor dem Entscheid des BGH, eine Zwangsräumung angesetzt.

«Ich war unfassbar wütend über die Eigentümerin, weil sie noch nicht einmal das Urteil des BGHs abwarten wollte. Mein Zorn steigerte aber auch meinen Widerstandswillen!», berichtet ein Bewohner aus der WG.

Auch im Fall der Dubliner Straße 8 wird klar, dass trotz des immensen Einsatzes von Rechtsmitteln, also Klagen und Berufungen, bisher kaum auf Gerichte oder eine faire Rechtsprechung zu bauen ist.

Die WG hat sich daher bereits vor der Eskalation durch die Eigentümerseite dazu entschieden, öffentlich mit Plakaten in der Nachbarschaft auf die Situation aufmerksam zu machen und mit Nachbar*innen ins Gespräch zu kommen. Für den äußersten Fall der angekündigten Zwangsräumung wurde sogar mehrere Tage vorher öffentlich zum Blockieren der Wohnung aufgerufen. Diese wurde dann aber doch am Tag zuvor abgesagt, da die Wohngemeinschaft durch das Hinterlegen einer sog. Sicherheitsleistung bei Gericht für einen Aufschub sorgte. Die Zukunft ist weiterhin ungewiss. Jederzeit kann ein neuer Räumungstermin ins Haus flattern.

Das hat System

Was bringt uns Mieter*innen mit wenig Geld eigentlich in diese Lage? Kurz gesagt: Verwertung von Wohnraum. Die Wohnung wird zu einem Renditeobjekt, das am Markt angepriesen und zur richtigen Zeit verkauft wird und so zählt das Geschäft mit der Wohnung mehr als die Menschen, die drin wohnen. Menschen

mit viel Geld kaufen an allen Ecken Häuser, um sie dann wieder teurer zu verkaufen oder mit den hohen Mieteinnahmen kräftig abzuhauen. Die amtierenden Parteien der letzten zwei Jahrzehnte setzen durch die Bank weg auf Privatisierung und geben Investor*innen immer mehr Freiheit im öffentlichen Raum.

Auch im Wedding bedeutet das: Krise! Heute werden diese Probleme von Politiker*innen vielleicht häufiger benannt, aber trotzdem werden ganze Konzepte ungeniert als Lösungen präsentiert, die der reinen Krisenverwaltung dienen. Selbst der vorsitzende Richter der Zivilkammer 67 des Berliner Landgerichts Michael Reinke hält offenkundig die Mietpreismbremse für verfassungswidrig. Eine Frechheit angesichts der Zustände. Denn eine ernsthaft nachhaltige Wohn- und Sozialpolitik ist unter diesen Vorzeichen nicht möglich. Es bleibt bei der Image-Pflege und Kosmetik, denn alle wissen: Berlin ist pleite und verschuldet. Und so wird der Verwertung und dem Ausverkauf der Stadt und unserer Kieze auch weiterhin von Oben nichts entgegengesetzt werden.

Zusammen mehr erreichen

Ein wirklicher Wandel ist mehr als notwendig. Denn mehr als 80% der in Berlin lebenden Menschen sind Mieter*innen und somit betroffen. Direkte Beteiligung, eine «Partizipation» der Menschen aus dem Kiez, vorallem, bei der Planung von Neubebauungen sind immer wieder Nebelkerzen, die in Regierungspapieren auftauchen. Tatsächlich dient diese, wie die Erfahrung zeigt, nur einer schleichenden Akzeptanz gegenüber großen bezirklichen oder privaten Planungsvorhaben oder ist nicht wörtlich zu nehmen. Direkte Nachbarschaftsdemokratie für eine bedürfnisorientierte Planung durch z.B. Mieter*innen-Komitees finden in diesen Konzepten keinen Platz.

Doch im Grunde wäre der notwendige Wandel eben genau diese Stärkung von nachbarschaftlichen Strukturen. Das Ziel kann dabei nur heißen: Gemeinsam die Situation für uns alle zu verbessern. Nicht durch Konzepte von Oben also dem Bezirk, Senat oder Scheinbeteiligungen in exklusiven Stadtteilversammlungen wie in der Vergangenheit beim Quartiersmanagement Projekt «Mensch. Müller».

Immer wieder tun sich Menschen im Wedding zusammen, um sich gemein-

sam gegen diese Zustände zu wehren. Einige erinnern sich vielleicht noch an die öffentlichkeitswirksamen Proteste einiger Häuser aus der Koloniestraße gegen Mieterhöhung im Jahr 2015 und auch von der WG aus der Dubliner Straße haben sicher manche schon gehört. Neu gegründet hat sich 2018 das Netzwerk «Zusammen für Wohnraum», das Leute schon vor dem Ernstfall zusammen bringen und Perspektiven erarbeiten möchte.

Netzwerk «Zusammen für Wohnraum»

Auf Anfrage der Redaktion berichtet die aktive Nachbar*in Julia von den bisherigen Treffen:

«Seit dem 3. Netzwerktreffen wird aktiv an der Struktur der Vernetzungstreffen gearbeitet. Neben der Vorstellungsrunde sind nun auch eine kostenlose Mietrechtsberatung und eine Gruppenarbeitsphase Teil des Ablaufs. Abgeschlossen werden die Treffen von einer Feedback-Runde und der Absprache, welche Hausgemeinschaft bzw. Personen nächste Treffen vorbereiten und moderieren.» Außerdem bekamen wir Auskünfte über die Hintergründe der Treffen:

«Hervorgegangen ist das Netzwerk Zusammen für Wohnraum aus dem Kampf der Hausgemeinschaft AmMa 65 (Eckhäuser der Amsterdamer Straße 14 und Malplaquetstraße 25). Anders als in vielen anderen Mietshäusern solidarisierten sich die Bewohner*innen bereits ohne akute Bedrohung miteinander: Sie feierten Hoffeste und lernten sich untereinander kennen...» Um das erworbene Wissen und ihre Erfahrungen mit anderen Mieter*innen und Hausgemeinschaften zu teilen, eine starke und widerständige Mieter*innenselbstorganisation und Unterstützungsbasis für alle von Verdrängung Betroffenen zu schaffen, initiierten sie das erste Netzwerktreffen.

«Einige, die das erste Mal erzählen, wirken zu Beginn unsicher. Gedanken daran, ob die derzeitige Situation nicht doch selbst verschuldet oder als übertrieben wahrgenommen wird, sind vielen bekannt. Im Verlauf ihrer Erzählung, das gegenseitige Zuhören und das offenkundige Interesse der anderen Anwesenden gewinnen viele jedoch mehr Sicherheit und Überzeugung. Es ist erstaunlich, welche Wirkung es auf Menschen hat, wenn sie von belastenden und ungerechten Situationen erzählen können, ihnen

zugehört wird, sie auf Verständnis und Unterstützung stoßen.»

Aktionswochen im Wedding

Neben solchen regelmäßigen Mieter*innentreffen im Wedding fand vom 20. – 30. April 2018 eine Aktionswoche «Widerständig und solidarisch im Alltag – Organize!» statt. Die Fülle an Veranstaltungen zeigt auf, welche sozialen Kämpfe im Großbezirk von Moabit bis Pankow stattfinden. Ein Bündnis bestehend aus Vereinen wie der Berliner Obdachlosenhilfe e.V., der Berliner Kampagne «Ban! Racial Profiling – Gefährliche Orte abschaffen!» oder der Stadtteilinitiative «Hände weg vom Wedding» kamen im Vorfeld der jährlichen antikapitalistischen Demonstration am 30. April zusammen. Bestandteil der Aktionswoche war – neben Aktionen wie Filmvorführungen, Kiezspaziergängen, Diskussions- und Informationsveranstaltungen auch eine Nachbarschaftsversammlung in der Kornelius-Gemeinde in der Edinburger Str. 78. Anlässlich des bereits erwähnten Zwangsräumungstermin der Dubliner Straße 8 stellten In den Räumen der Gemeinde stellten sich Initiativen wie «Zwangsräumungen verhindern!» den 20-30 anwesenden Nachbar*innen vor. Ziele und Möglichkeiten des Protests gegen die Zwangsräumung und der angekündigten

Blockade wurden angesprochen. Gemeinsame Räume für Versammlungen wie diese sind Möglichkeiten, um überhaupt die Menschen von Nebenan und deren Situation kennenzulernen.

Aktiv werden

Um uns gegenseitig zu stärken, müssen uns und unsere Nachbar*innen als Mieter*innen im Alltag ernstnehmen. Dazu stehen bereits Organisationsangebote zur Verfügung. Die Mitgliedschaft bei der Berliner Mietergemeinschaft e.V. bietet beispielsweise erste Grundstrukturen, um sich als Mieter*innen eine Stimme zu geben. Und auch wenn der Weg von der ersten Empörung über unerhörte Briefe der Hausverwaltung bis zur Haussprecher*innenwahl nicht der kürzeste ist, bietet beispielsweise #ZusammenfürWohnraum einen Ort für Mieter*innen, die sich bewegen wollen. Es ist wichtig, dass wir mit unseren Nachbar*innen reden und sie kennenlernen, damit wir uns dann gemeinsam wehren können. ☆

⁽¹⁾ taz: «Berlin endlich Weltspitze» 11.04.18

⁽²⁾ Holm/Berner/Jensen: «Zwangsräumungen und die Krise des Hilfesystems in Berlin»

Nachbarschaftsversammlung in der Kornelius-Kirche am 20.04.2018 unter dem Motto «Zwangsräumung im Kiez verhindern!»



#ZusammenFürWohnraum

Das nächste Treffen von #ZusammenFürWohnraum ist am 26.06. um 19 Uhr in der Prinzenallee 58. Kostenlose Mietrechtsberatung gibt es vorher ab 18:30 Uhr. Mehr Infos: amma65.de

Wer ist dieses Milieu und warum wollt ihr es schützen?

Die «Neoliberalisierung der Städte» – ein Schreckgespenst von dem wir in letzter Zeit immer häufiger hören. Aber was hat es damit auf sich? Und was hat das mit unseren Kiezen zu tun?

Milieuschutzboys

Die «neoliberale Stadt» beschreibt die Ausrichtung der gesamten Stadtentwicklung an der Idee des freien Marktes. Es wird angenommen, dass dieser alle Probleme von alleine und ohne Regulierungen am besten lösen kann. Die Folge sind die Zurücknahme staatlicher Sozialprogramme und weitreichende Privatisierungen um dies durchzusetzen. Die Stadt wird hier als eine Marke angesehen, die es zu verkaufen gilt. Die Menschen, die in ihr leben sind zweitrangig. Unsere Städte sollen schöner und attraktiver werden, nicht für uns Bewohner*innen, sondern in erster Linie als »Standortfaktor« für multinationale Unternehmen und um hochqualifizierte Fachkräfte anzuziehen. Geringverdienende und Arbeitslose werden hingegen ausgegrenzt. Im Fokus dieser – gar nicht so neuen – Logik der kapitalistischen Städte liegt also die Verwertbarkeit für das Kapital. Die Stadtpolitik wird damit zu einer «Standortpolitik» umgestellt.

Am einfachsten ist es die verschiedenen Ausdrucksweisen der «neoliberalen Stadt» am Beispiel zu betrachten. Im Wedding fallen dabei schnell folgende Beispiele ins Auge:

Die voranschreitende Privatisierung von öffentlichen Orten signalisiert nach außen deutlich, wer dazugehört und wer nicht. Wer sich den neuen Lifestyle nicht mehr leisten kann, wird ausgegrenzt. Das zeigt sich an der stark ansteigenden Videoüberwachung halb-öffentlicher Orte und an Hinweisschildern oder Verordnungen, die etwa aggressives Betteln, ungenehmigten Warenverkauf, »Zweckentfremdungen« von Wasserbecken oder Bänken und das Anbringen von Plakaten verbieten. So können bestimmte Personengruppen durch private Sicherheitsdienste ausge-

grenzt werden.

Der Wedding entwickelt sich derzeit zu einem neuen Hotspot für Start-Ups. Die politisch beförderte Ansiedlung der Technologie-Unternehmen wirkt als Motor für die weitere Aufwertung des Kiezes und sorgt für kräftig steigende Gewerbemieten. In der zunehmenden Konkurrenz um Flächen ziehen weniger

Das Start-Up-Beteiligungsunternehmen Rocket Internet, zu dem auch Zalando gehört, kaufte die Uferstudios, um daraus mittelfristig Co-Working Spaces zu machen



ertragreiches Kleingewerbe und soziale Träger zumeist den Kürzeren. Unkommerzielle Atelier- und Arbeitsräume werden verdrängt. Steigende Wohnungsmieten folgen im Schlepptau der Start-Ups. Die Vielfalt von Gewerbe und sozialer Infrastruktur, die einen Kiez lebenswert macht, verschwindet. Schicke Co-

Working-Cafés oder ganze Co-Working Areale, in denen Laptop an Laptop gearbeitet wird, etablieren sich an ihrer Stelle. Letztendlich veröden die Kieze zu einer immer gleichen Szenerie aus Büroräumen mit großen Glasfassaden und hochpreisiger Gastronomie.

☞ Kommunale Wohnungsbestände und landeseigene Liegenschaften wurden flächendeckend und durch alle Parteienkonstellationen über Jahrzehnte hinweg privatisiert. Von den 470.000 städtischen Wohnungen im Jahr 1998 blieben zehn Jahre später nur noch rund 260.000. Die ehemals städtischen Wohnungen gehören heute börsennotierten Unternehmen wie der Deutsche Wohnen oder Vonovia. Über Mietsteigerungen durch Modernisierung oder fehlende Instandsetzung von Gebäuden streben die Immobilien-Aktiengesellschaften danach ihre Profite zu maximieren. Gleichzeitig wurden die städtischen Wohnungsunternehmen auf Gewinn getrimmt – soziale Ausrichtung Fehlanzeige! Mieterhöhungen und Zwangsräu-

Neoliberale Stadt

Unter «neoliberaler Stadtpolitik» wird die Ausrichtung der Stadtpolitik auf die Konkurrenz der Städte untereinander, die Ökonomisierung oder Verwirtschaftlichung von städtischen Aufgaben und Leistungen sowie die Orientierung städtischen Handelns an unternehmerischen Grundsätzen verstanden.



Baugerüst in der Gottschedstraße

mungen gehören bei den kommunalen Gesellschaften seither zum Alltag.

Es rettet uns kein Milieuschutz

Die Folgen der neoliberalen Stadt- und Wohnungspolitik in Form von steigenden Mieten, Verdrängung und Wohnungsnot treiben immer mehr Menschen auf die Straße. Leugneten die politischen Verantwortlichen vor wenigen Jahren noch die desaströsen Auswirkungen der neoliberalen Politik, kommen Politiker*innen aller Parteien angesichts massiver Proteste, um soziale Versprechungen in der Mieten- und Wohnungspolitik nicht mehr herum. Doch selbst die derzeitige, vorgebliche linke Koalition aus SPD, Grünen und Linken ist nicht Willens, mit der neoliberalen Wohnungs- und Mietenpolitik grundsätzlich zu brechen. Zur Erinnerung: Unter der rot-roten Koalition zwischen 2002 und 2011 wurde ein Großteil der städtischen Wohnungen privatisiert. Die Infragestellung der kapitalistischen Verwertungslogik, nach der Wohnraum eine Ware ist und Profit auf Kosten der Mieter*innen abwerfen soll, ist von ihnen nicht zu erwarten. Stattdessen werden Instrumente wie der Milieuschutz präsentiert, die den steigenden Mieten und der Verdrängung kaum etwas entgegen zu setzen haben.

Der Milieuschutz ist ein stumpfes Schwert gegenüber den Verwertungsinteressen von Investor*innen. Er bietet keine politisch festgesetzte Mietobergrenze. Er schützt weder gegen die rasant steigenden Neuvermietungsmieten, noch vor Mietsteigerungen durch den Mietspiegel. Teure Modernisie-

rungen wie der Anbau von Balkonen oder die nutzlose Fassadendämmung zur energetischen Sanierung verhindert er nicht, obwohl die Kosten für die Modernisierung häufig zu massiven Mietsteigerungen führen. Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen sind trotz Umwandlungsverordnung in Milieuschutzgebieten nicht verboten. Investor*innen müssen nur versprechen in den ersten sieben Jahren ausschließlich an die Mieter*innen zu verkaufen. Aber wer kann sich schon eine teure Eigentumswohnung leisten? Über das Vorkaufsrecht können Bezirke in Milieuschutzgebieten Häuser erwerben, die zum Verkauf angeboten werden. Der Bezirk Mitte wendet das Vorkaufsrecht aber bisher kaum an. Hier braucht es massiven politischen Druck durch

Mieter*innen, um die politischen Verantwortlichen zur Anwendung des Vorkaufsrechts zu zwingen. Investor*innen können einen Vorkauf jedoch durch eine Abwendungserklärung abwenden.

Doch auch der Kauf eines Hauses durch eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft schützt Mieter*innen nicht vor steigenden Mieten, solange die städtischen Unternehmen profitorientiert arbeiten und über unsere Köpfe hinweg über unsere Wohnungen entschieden wird. Statt sich auf der Übernahme durch eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft auszuruhen, sollten wir uns organisieren: Sich mit anderen betroffenen Häusern vernetzen und in der Hausgemeinschaft einen Mieter*innenrat bilden, wären erste Schritte in diese Richtung. ☆



Demonstration «Laut gegen Verdrängung» im Brunnenviertel im September 2015

Milieuschutz

Der Milieuschutz ist ein städtebauliches Instrument. Er greift ausschließlich bei der baulichen Veränderung einer Wohnung, Modernisierungsmaßnahmen oder die Zusammenlegungen von Wohnungen in Mi-

lieuschutzgebieten müssen Vermieter*innen beim Bezirksamt anmelden, um diese genehmigen zu lassen. Das Bezirksamt kann bestimmte Maßnahmen wie Luxusmodernisierungen (Einbau eines zweiten Bades oder einen Aufzug) untersagen.



Öffentliche Bastelaktion vor dem Jobcenter am Leo am 28. April



Einige Läden im Kiez solidarisieren sich mit den Protesten für eine solidarische Nachbarschaft



Kiezlauf «Run for rebels» zu Orten des Widerstands und der Verdrängung am 21. April



Kunstperformance begleitet und kritisiert Überwachung am Leo



Aktion gegen Verdrängung am Abend des 30. April an der Ringbahnstrecke Nettelbeckplatz



Ein Kiez unter Verdacht!

Erfahrungen mit der Alltagsüberwachung am Kottbusser Tor als Beispiel für den Leopoldplatz

Ein Beitrag der Berliner Kampagne

Ban! Racial Profiling – Gefährliche Orte abschaffen

Seit einer Weile steht nun bei der Polizei, die täglich am Kottbusser Tor mit 2-3 Wagen vor Ort ist, ein zusätzlicher Anhängerwagen mit einer Kamera auf dem Dach und dem Hinweis auf Videoüberwachung – auch am Leo steht häufig so einer. Er vermittelt die Botschaft, dass wir uns an einem ‚gefährlichen Ort‘ befinden und penible Überwachung erforderlich sei.

Dass dieser, auch Schnüffelwagen genannte Apparat, hier steht, hat jedoch vielmehr damit zu tun, dass das Kottbusser Tor gerade zu einem neuen Zentrum gemacht wird – im Herzen Berlins. Einer Stadt, die im imperialen deutschen Kaiserreich Hauptstadt wurde, später Zentrum des Kalten Krieges war und heute als zentrale Metropole in der Europäischen Union wiederaufgebaut wird. Denn wie in allen westlichen Metropolen bedeutet Zentrum-Werden auch hier, zu einem ‚sicheren‘ und ‚sauberen‘ Ort gemacht zu werden. So kommt ein Konzept zum Einsatz, welches u.a. das Kottbusser Tor als ‚gefährlichen Ort‘ ausruft und die Polizei befähigt, Menschen verdachts- und anlassunabhängig zu kontrollieren und zu durchsuchen. Eben genau wie am Leopoldplatz.

Es ist immer wieder zu beobachten, dass vor allem Schwarze und für Muslime gehaltene Menschen an diesen Orten im Fokus der polizeilichen Überwachung stehen und als vermeintlich kriminell gelten.

«Kriminalität ist aber keine objektive Gegebenheit, die einfach so vorgefunden wird und dann eine Reaktion erfordert. Sie ist ein Ergebnis von Zuschreibungen und Konstruktionen. Menschen verhalten sich immer auf die eine oder andere Art und Weise von Normen abweichend, aber nur manche Handlungen und Menschen werden daraufhin als kriminell etikettiert und andere nicht.» schreibt das Magazin – Bürgerrechte & Polizei/ CILIP in der aktuellen Ausgabe.⁽¹⁾

Folglich erweist sich die Berliner Si-

cherheitspolitik für die besonders im Fokus stehenden Menschen als verunsichernd und gefährlich. Sie sind im neuen Zentrum unerwünscht. Anders gesagt, das Zentrum soll weiß, schick und bürgerlich sein. Dieses Vorhaben schlägt sich am Kotti gewaltsam nieder: Die Geschäfte laufen gut, Immobilienfirmen und Start-Ups etablieren sich, Mieten steigen, Anwohner*innen und Kleingewerbe werden verdrängt. Die migrantische Kiezkultur wird als Fassade für eine kaufkräftige Kreativwirtschaft, Luxus-Investitionen und Tourist*innen vermarktet; sie wird aber auch gesäubert, damit das Geld besser und vermeintlich sicherer fließt.

So wird das Kottbusser Tor auch zu einem Ort, an dem unterschiedlichste Migrationsbewegungen aufeinanderref-



«Verfolgt von der Kamera» – Kunstperformance der Kampagne Endstation am Leopoldplatz während der Aktionswoche, 28.4.18

fen. Viele neue Leute durchkreuzen den Ort: Leute, die Zuflucht suchen, Leute, die Business machen wollen, Leute, die Spaß haben wollen, Leute, die auf der Suche nach Geld und Jobs sind. Gleichzeitig sind die Leute von früher da, als Kreuzberg ein Randbezirk, eine Peripherie war. Leute, für die es immer schwerer wird, ihre Wohnung zu bezahlen, Leute, die dafür kämpfen, gesellschaftliche, also soziale Räume zu erhalten. Leute, die ihre Sachen packen, Leute, die ihr Leben unberührt weiterführen (können), Leute, die sich nicht verdrängen lassen, sich gegen steigende Mietpreise und Polizeiüberwachung organisieren.

Zwischen diesen Gruppen lassen sich durchaus gemeinsame Interessen ausmachen. Im Alltag aber durchqueren viele von ihnen das Kottbusser Tor voneinander getrennt. Die aktuelle Überwachungspolitik trägt zu ihrer Zersplitterung bei – eben durch die rassistische und klassistische Aufteilung in überwachte, kriminalisierte und Gruppen, die sich frei bewegen dürfen. Eine solche Politik sollte niemals normal werden! Auch nicht am Leopoldplatz oder am Bahnhof Osloer Straße! Sie nimmt Nachbar*innen den Raum, um ins Gespräch zu kommen, zum Beispiel darüber, was Sicherheit für wen bedeutet. Wir sollten auf unser Recht bestehen und damit beginnen,

eigene Möglichkeiten zu diskutieren wie wir uns Sicherheit wieder aneignen und wie wir auf selbstbestimmte, mündige Art und Weise aufeinander aufpassen können. ☆

⁽¹⁾ CILIP 115

www.cilip.de/2018/04/27/wer-hat-angst-vorm-kottbusser-tor-zur-konstruktion-gefaehrlicher-orte/



Plakataktion in «Gefahrengebieten» im September 2017

«Gemeinsam die Angst wegschmeißen»

Interview mit der unabhängigen Erwerbsloseninitiative Basta!

Wir sind es, die Arbeitslosen! So reihten sich die unabhängige Erwerbsloseninitiative von Basta!, alle Verachtung trotzend, als Gruppe am 30.4.18 in die Demo ein. Sie organisieren sich seit acht Jahren im Wedding. Neben der Beratung in der Schererstraße 8 geht es ihnen um ein solidarisches und würdevolles Miteinander. Sie ringen um eine gemeinsame Praxis, wirkungsvoll gegen die Bedrohung der Jobcenter aktiv zu werden. In der Aktionswoche vom 20.-30. April organisierte Basta! eine Beratung vor dem Jobcenter am Leopoldplatz und mit der PA58 ein Erzählcafé mit der Wedding Nachbar-schaft.

Das Jobcenter ist für euch als Basisaktivist*innen ja mittlerweile ein zweites «Zuhause». Kann man das so sagen?!

Für Basta! ist die Schererstraße 8 das soziale Haus, wo wir wir selbst sein können. Dort können wir uns analog austauschen, miteinander denken, lernen, streiten, lachen, uns organisieren, gemeinsam Essen, Musik machen und feiern. Nein, das Jobcenter ist kein zu Hause, definitiv nicht. Es ist ein Apparat der blanken Herrschaft,

der Menschen keine Handlungsoptionen lässt. Damit verbinden wir einen grotesken Ort, der die Lohnarbeit zum einzigen Mittel der Selbstverwirklichung erklärt und der mithilfe von neuzeitlichen Instrumenten wie Sanktionen, Mitwirkung und Zumutbarkeitskriterien Terror verbreiten will. Das Jobcenter ist für uns die Fabrik; dort streiten wir um materielles Auskommen. Es ist der Ort der taktischen Konfrontation. Auch dort gewinnen wir zukünftige Mitstreiter*innen. Um Solidarität zu spüren begleiten wir uns gegenseitig, zeigen dabei, dass wir nicht allein sind, dass Herkunft gemeinsames Schicksal macht. Dabei ist das Jobcenter ein Ort unserer Analyse und Kritik.

Was ist eigentlich die Motivation, sich als Initiative permanent mit so einem bürokratischen Komplex wie Hartz-IV und den dazugehörigen Jobcenter Aktivitäten auseinanderzusetzen?

Da gibt es viele Gründe. [...] In Berlin und gerade im Wedding kann ein hoher Anteil der Bewohner*innen nicht durch Arbeit den Lebensunterhalt bestreiten. Und das, während die Mieten steigen und rassistische Diskurse öffentlich politisch angeheizt werden. Im Jobcenter fallen all diese Zustände zusammen. Wir lernen sehr viel bei unserer Arbeit bei Basta!: Wie es möglich ist mit wenig Geld zu leben, wie viel Solidarität in der Gesellschaft vorhanden ist, die meist unsichtbar bleibt. Wir wollen die Kräfte, das Widerstandspotential bündeln, um zu einer Gegenmacht zu werden. Armut, Arbeits- und Wohnungslosigkeit sind keine individuellen Probleme, die in der Person wurzeln, sondern gesellschaftlich gemacht, gewollt. Für uns ist klar, dass wir sie deshalb auch nicht individuell lösen können, sondern uns zusammen tun müssen.

Worauf lag der Schwerpunkt bei der Beratung in der Aktionswoche?

Der Wedding hat sich für arme Leute zu einer Durchgangsstation entwickelt, einem Viertel, wo verarmte Leute kei-

ne Wurzeln schlagen sollen, bzw. total beengt leben müssen. Wir haben in der Aktionswoche darüber informiert wie es möglich ist, mehr Kohle für Miete vom Jobcenter zu bekommen. In Berlin gibt es zehntausende von Haushalten, die ihre Miete aus dem mickrigen Hartz IV, Regelsatz mit bezahlen müssen und das teilweise seit Jahren. Uns ist in der Beratung aufgefallen, dass die Jobcenter bei niemandem selbstständig die neue höhere Miete seit 1/1/2018 gewährt hat. Da wollten wir mehr wissen, uns einmischen. Jeder Euro aus dem Regelsatz fehlt beim Kauf von Medikamenten, Lebensmitteln und Büchern. Viele verzichten auf das wenige, was ihnen zusteht, da sie entweder keine Lust auf das ewige Briefe schreiben haben oder eben gar nichts von den Erhöhungen erfahren haben. Das Jobcenter klärt natürlich nicht auf, wenn mehr Geld gezahlt werden muss. Das kennen wir schon vom Umgang mit dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder, was theoretisch jedem Kind zusteht, praktisch dann aber doch immer wieder kleinteilig erstritten werden muss. Wir wollen Mut machen.

Womit schlagen sich die meisten erwerbslosen Nachbar*innen im Kiez rum?

Das ist ziemlich divers. Auffällig ist, dass ein Hauptmietvertrag wie ein Privileg erscheint. Viele erwerbslose Nachbar*innen leben in Zwischen- oder Untermietverhältnissen, die rechtlich schlechter abgesichert sind. Sie sind also ständig auf Wohnungssuche. Andere, die schon länger im Kiez wohnen, schlagen sich mit steigenden Mieten rum oder das Jobcenter fordert zur Mietsenkung auf. Wie soll ich meine Mietkosten senken? Das führt meist zu nichts. Nach einiger Zeit wird dann die Miete von Jobcenter Seite «eingefroren» und der Rest muss aus dem Regelsatz beglichen werden oder es entstehen Mietschulden. Eine Umzugsgenehmigung für eine neue Wohnung zu bekommen, ist immer Rennerei und oft ist die Wohnung dann weg, bevor du den Jobcenterwisch in der Tasche →

Achtung! Verdrängungsgefahr

Ein weiterer Kinderladen im Wedding bangt um sein Fortbestehen

Björn Krag

Ende letzten Jahres veröffentlichte der DaKS – der Berliner Dachverband selbstorganisierter Kinder- und Schülerläden – ein Positionspapier, um auf die rasant steigende Verdrängungsgefahr durch Mieterhöhungen hinzuweisen. Seit Mitte 2014 waren demnach mehr als 50 Kinderläden betroffen. Auch im Wedding bangt derzeit einer der ältesten Kinderläden Berlins um seine Existenz. Wir sprachen mit Noomi, einem Elternteil aus dem Kinderladen.

Warum bangt ihr um euren Kinderladen?

Die kurze Zusammenfassung ist: Das Haus, in welchem der Laden ist, wurde Ende letzten Jahres von einer GmbH gekauft und soll nun saniert werden. Seitdem versuchen wir, den Eigentümer zu überzeugen uns die Räume weiterhin zur Verfügung zu stellen. Ob das funktioniert, ist unklar.

Ihr habt im Rahmen der Aktionswoche gegen Verdrängung, Ausbeutung und Rassismus ein Kinderfest im Schillerpark organisiert. Was war denn der Gedanke dahinter?

Beim Kinderfest haben sich eigentlich zwei Ideen verbunden. Seit Längerem gab es im Kinderladen schon die Idee für ein Sommerfest. Im Bündnis für die antikapitalistische Demonstration am 30.4. dachte ich dann, dass so ein kleines Kinderfest eigentlich auch eine ziemlich coole Idee für die Aktionswoche wäre. Wir wollten das Fest an einem öffentlichen Ort organisieren, um möglichst viele Leute aus der Nachbar*innenschaft anzusprechen.

Besonders wichtig war uns natürlich, dass das Fest kinderfreundlich ist.

Das Fest war ziemlich gut besucht, oder? Ich war auch da und fand es sehr angenehm.

Ja, es waren viele Eltern und Kinder aus dem Kinderladen und Interessierte aus der Nachbar*innenschaft da. Außerdem kamen spontan Gäste aus dem Park dazu. Wir haben einen netten Nachmittag miteinander verbracht, uns mit vielen Anwohner*innen über die Verdrängung unseres Ladens und anderer Mieter*innen ausgetauscht und für die Demo am darauffolgenden Tag Werbung gemacht. Die Kinder haben T-Shirts bedruckt und Transparente gemalt, die am nächsten Tag auf der Demo zu sehen waren.

Gerade wollt ihr ja mit dem Kinderladen eher still agieren. Gleichzeitig sitzt du auch in verschiedenen Netzwerken, wo durchaus auch öffentliche Aktionen geplant werden. Denkst du, das geht trotzdem zusammen?

Ich stehe ja in dieser Situation selbst zwischen den Stühlen. Auf der einen Seite arbeiten wir nach der Prämisse, dass der Kinderladen erhalten bleiben soll und machen dadurch auch an manchen Stellen gute Miene zum bösen Spiel. Das ist für mich beim Thema Verdrängung schon eine sehr unpolitische Haltung. Gleichzeitig wirke ich aber persönlich in den Bündnissen mit, weil ich denke, dass es eben diese weitergehenden Aktionen braucht, um die Verhältnisse für Kinder-

«Die Kinder wissen, dass Verdrängung stattfinden. Dass reiche Menschen Häuser kaufen und die Menschen, die eigentlich in den Häusern wohnen dann rauschmeißen. Das finden sie ungerecht.»

läden und für Mieter*innen insgesamt zu verändern. Natürlich ist es für uns auch sehr wichtig zu wissen, da gibt es interessierte Menschen, die unterstützen und mitwirken wollen und die wir auch fragen können, wenn wir mehr Informationen und Hilfe brauchen.

Abschließend noch die Frage, wie eure Kinder die schwierige Situation eigentlich auffassen?

Wir haben unsere Gespräche zu dem Thema bisher möglichst immer ohne die Kinder geführt, um sie nicht zu verunsichern. Gleichzeitig wissen sie jedoch, dass Verdrängung stattfindet. Dass reiche Menschen Häuser kaufen und die Menschen, die eigentlich in den Häusern wohnen dann rauschmeißen, finden sie ungerecht. Beim Fest im Schillerpark haben die Kinder am Ende spontan einen kleinen Demozug formiert: Mit dem Bolterwagen ging es quer über die Wiese, aus dem zum Megafon umfunktionierten Verkehrshütchen war zu hören: «Wohnungen für alle, sonst gibt's Krawalle!» ☆

Hinweis: Das vollständige Interview findet ihr auf dem Redaktionsblog: plumpe65.press

Termine, Straßenfest und Beratung:

An drei Tagen die Woche bietet Basta! Sozialberatungen in verschiedenen Sprachen rund um die Grundversicherung an. Die Beratung ist immer im Interesse der Rat suchenden. Für den 4. August 2018 planen sie gerade ein Straßenfest auf der Schererstraße. Alle Nachbar*innen sind herzlich eingeladen, zu kommen oder bei der Vorbereitung mitzumachen. Die Termine der nächsten Vorbereitungstreffen sind am 4.6. und am 18.6. um 17 Uhr in ihrem Beratungsraum. Außerdem soll es im Herbst eine weitere Erwerbslosenschule geben. «Das ist eine Form unserer Veranstaltungsreihen, wo wir uns inhaltlich mit dem System Jobcenter auseinandersetzen.» Weitere Infos findet ihr unter <http://basta.blogspot.eu/>

→ hast. Nicht vergessen sollten wir die vielen wohnungslosen Personen, die sich von Couch zu Couch, Notunterkunft, Hostel, Flüchtlingslager hin und her hangeln müssen. In der Aktionswoche haben wir eine Person getroffen, die in einem Flüchtlingsheim wohnen musste. Weil sich der Tagessatz von täglich 30 Euro auf 35 Euro erhöhte, stellte das Jobcenter die Zahlung ein. Eine Woche später schloss die Unterkunft: Von 100 Personen wurden einige direkt einem neuen Heim zugewiesen,

andere leben nun auf der Straße, so wie der junge Mann, den wir getroffen haben. Oder eine Familie mit 4 Leuten in einem Zimmer ohne Bad, die nicht umziehen dürfen, aber auch nix finden. Das passt wie Arsch auf Eimer, sich den Launen des Wohnungsmarkt und Jobcenters unterordnen zu müssen. ☆

Hinweis: Das vollständige Interview findet ihr auf dem Redaktionsblog: plumpe65.press

«Außerdem verstehen wir das Cralle auch als politischen Ort!»

40 Jahre – Ein kurzes Interview mit dem Café Cralle Kollektiv

Am Rand des Gefahrengeländes Leopoldplatz im Wedding befindet sich das Cafe Cralle, trotz des Namens wohl eher eine Bar. Allerdings nicht nur irgendeine Kneipe, sondern eine Bar, die von einem Frauen*kollektiv seit sage und schreibe 1977 betrieben wird. Ein Urgestein des Kiezes also.

Dort treffen wir uns an einem schönen sonnigen Samstag mit zwei Aktivistinnen des Kollektives zu einem kurzen Interview. Für Menschen die es noch nicht kennen: Im Cafe selbst ist eine sehr freundliche Atmosphäre. Die Einrichtung ist wie eine Mischung aus Wohnzimmer und Szenekneipe, wir fühlen uns auf jeden Fall gleich wohl.

Hallo, schön das es geklappt hat! Wie hat denn alles begonnen, mit welcher Intention seid ihr gestartet?

Das Café Cralle wurde 1977 von einem Frauen*kollektiv gegründet. Im Zusammenhang mit einem von Frauen besetzten Haus in der Nähe war die Idee, dass Frauen* nicht nur zusammen leben, sondern auch zusammen wirtschaften. Damals war

es ein Café mit Kinderbetreuung und nur für Frauen und Kinder geöffnet. Seit dem haben die Kollektivistas, die das Cralle betreiben immer wieder gewechselt und so hat sich die Bar auch immer wieder verändert. Jetzt haben wir immer ab 19Uhr für alle Geschlechter offen. Im Kollektiv sind Frauen*, Lesben und nicht-binäre Personen.

Und welche Personen kommen zu euch in den Laden und wie hat sich das Publikum im Laufe der Zeit verändert?

Wir haben ein Stammpublikum von Leuten, die im Kiez wohnen und teilweise seit mehr als 20 Jahren zu uns kommen. Es kommen viele linksgerichtete und in letzter Zeit auch wieder mehr queere und feministische Menschen zu uns.

Was ist heute anders als früher, wie bekommt ihr das mit, im Kiez und bei euch im Kollektiv?

In den 80ern gab es viele politische Kneipen. Mittlerweile gibt es weniger und wir sind eine der wenigen, die seit der Zeit

noch besteht. Der Kiez verändert sich und damit auch unser Publikum. Wir merken auch wie die Mieten steigen und wie Leute deshalb ihre Wohnungen verlieren. Unser Mietvertrag ist für die nächsten Jahre noch sicher, aber danach ist es fraglich, ob wir weiter hier bleiben können.

Was könnt ihr über euer Selbstverständnis als Gruppe erzählen?

Wir arbeiten als Kollektiv, das heißt ohne Chefin und entscheiden gemeinsam. Außerdem verstehen wir das Cralle auch als politischen Ort und haben linksradikale und feministische Veranstaltungen hier. Auch an der Theke wird oft über Politik diskutiert. Dabei ist klar, dass z.B. rassistische, homophobe, transfeindliche oder sexistische Positionen hier keinen Platz haben.

Okay, viele Dank für das Interview und für eure Geduld. Bis bald im Cafe Cralle, Hochstädter Str. 10a ☆

Ein Kiezhaus für die Nachbarschaft

Das es langfristig an nachbarschaftlichen Räumen ohne anfallende Nutzungsgebühren für einen so großen Bezirk wie Wedding mangelt, bemühen sich Initiativen und Einzelpersonen aktuell um den Aufbau eines Kiezhauses. Im Grunde kann man darunter ein Nachbarschafts- und Sozialtreff in einem angemieteten Gewerberaum verstehen.

Ein Wedding Aktivist berichtet über das Vorhaben:

»In erster Linie ist der Entschluss, so ein Kiezhaus zu betreiben aus der Erfahrung gewachsen, dass ein gemeinsames Kiezleben oder das Vorbereiten von z.B.

Mietenprotesten und der dazugehörige Austausch Zeit benötigen und nicht ausschließlich in der eigenen Wohnung oder einer dunklen Tiefgarage passieren können. Es ist einfach schwer vereinbar mit dem langfristigen Ansatz, soziale Räume sowie gemeinsame Entscheidungs- und Aktionsstrukturen in der Nachbarschaft aufzubauen, die für alle einigermaßen erreichbar und offen sind.

Wenn wir uns selber die Zeit und den Raum geben können, die vorhandenen Probleme im Alltag ernsthaft anzugehen, ist Kiezsolidarität wieder leichter erfahrbar. Also gegenseitige Hilfe und einander Zuhören statt isoliert in der teuren Mietwohnung oder im Job Frust zu schieben! Wir wollen also Hoffnung machen und Solidarität leben.»

Das Kiezhaus soll nach einer

längst vergessenen Kämpferin für Arbeiter*innenrechte benannt werden, die um die Jahrhunderwende auch im Wedding aktiv war: Agnes Reinhold (1859 – ca. 1916). Wie das Kiezhaus Agnes Reinhold funktionieren soll, ist bereits skizzenhaft öffentlich auf der Website einsehbar. Anfang Mai fand bereits ein öffentliches Kiezbankett hinter der Kirche an der Schulstraße 119 statt sowie eine große Diskussionsveranstaltung in der Prinzenallee 58. Bis Ende des Jahres will das durch Fördermitgliedschaften finanzierte Nachbarschaftsprojekt als Kiezhaus auch endlich eigene Räume im Wedding beziehen. ☆

Mehr Infos - auch zur Fördermitgliedschaft - unter kiezhaus.org



Soziale Zentren in Süditalien – Im Herzen der Nachbarschaft

P. Maggio

Als Mitte Mai im Nachbarschafts- haus in der Prinzenallee 58 rund 75 Menschen zusammenkamen, um sich über nachbarschaftliche Organisation auszutauschen, ging der Blick weit über die Horizonte unseres Kiezes hinaus: Neben Initiativen aus vielen Berliner Vierteln sprachen auch Vertreter_innen aus anderen deutschen Städten, aus Paris und sogar Neapel – mit letzteren unterhielten wir uns im Anschluss an die Diskussionen ausführlicher.

Schon als er in der Diskussion vom Projekt seiner Gruppe berichtete, betonte Giovanni, ein sehr sympathischer Aktivist Ende 20, wie verschieden die Verhältnisse in seiner Heimat Süditalien sind. Im Gegensatz zu Berlin oder Paris konnten kapitalistische Verhältnisse in Neapel noch nicht in jede Pore des Alltags eindringen, erklärte er. Zudem glänzt der Staat in den sozialen Strukturen seit jeher durch Abwesenheit.

Schon vor vielen Jahren konnten sich die populären Sozialen Zentren in der Gesellschaft fest verankern. Mittlerweile gibt es die *centri sociali* in fast allen Städten Italiens. Was als Streben nach Gegenkultur begann, habe schon lange viel stärker den Wunsch im Blick, praktische Alternativen zu finden und ein neues Miteinander in den Nachbarschaften zu leben. Diese Initiativen, betont Giovanni, sind autonom und kommen von den Menschen aus den Vierteln selbst. Entsprechend tief verwurzelt sind diese Begegnungsorte in der Bevölkerung.

Er selbst ist aktiv im *Laboratorio Casamatta* – einem Teil der Basis-Gewerkschaft USB, im Rahmen welcher Angestellte, Arbeiter_innen mit und ohne Migrationshintergrund und Studierende zusammenarbeiten. Aktuell veranstaltet die Gruppe vor allem Filmvorführungen, die allen Nachbar_innen zugänglich sind. «Im Anschluss an die meist sehr politischen Filme, die wir zeigen, diskutieren und essen die Leute gemeinsamen oder tauschen sich einfach über ihren Tag aus», erklärt Giovanni.

Für diese und andere Projekte kann die Gruppe einige Räume eines seit lan-



«Arbeit und Würde» Aktion gegen Arbeitsunrecht im Stadtteil am 1. Mai 2018

«Viele bieten hier an, das mit den Anderen zu teilen, was sie können und haben»

gem besetzten Hauses nutzen. Rund 40 Leute aus vier Kollektiven sind hier aktiv. Künstler_innen, Aktivist_innen und Gewerkschafter_innen kommen hier mit den Nachbar_innen zusammen. Das Haus befindet sich in der Altstadt Neapels – dem *centro storico*. Schon immer leben in dem eher armen Kiez vor allem Arbeiter_innen; die Obdachlosigkeit ist hoch. Zudem hat die Universität hier ihren Sitz, sodass im Viertel täglich Jung und Alt verschiedenster Milieus zusammenkommen.

Genau wie im Wedding macht die Gentrifizierung allerdings auch vor Ne-

apel nicht Halt. Zuletzt seien viele Menschen aus ihren Wohnungen verdrängt worden, während Hauseigentümer_innen viel Geld mit Ferienwohnungen verdienen, erzählt uns Giovanni. Noch habe er keine Angst, dass auch ihr Zentrum geräumt werden könnte: «Der Widerstand unserer Nachbarschaft wäre einfach zu groß, das würde der Staat nicht wagen.» Diese Situation ist sicherlich keineswegs mit Berlin vergleichbar, wo bisher jede Besetzung oftmals jahrelang leerstehender Häuser innerhalb kürzester Zeit von der Polizei geräumt wurde.

Um den großen Zusammenhalt seines Viertels zu erklären, verweist Giovanni auf das Zentrum *Ex OPG* – einen großen Gebäudekomplex, der staatlichen Stellen in der Vergangenheit als psychiatrische Haftanstalt diente: «An jedem Tag der Woche kommen hier Dutzende Nachbarn zusammen», berichtet er. «Von kostenlosen Sprachkursen, über Bildungsangebote, Theater-Aufführungen, Rechtsberatung, Unterstützung von Geflüchteten, bis hin zu Sprechstunden bei Ärzten, die Nachbarn und Menschen ohne Krankenversicherung behandeln, gibt es hier alles. Schon allein weil die Kinder nach der Schule keinen Ort mehr hätten, würden die Nachbarn eine Räumung niemals einfach hinnehmen. Stattdessen bieten hier viele an, das mit den Anderen zu teilen, was sie können und haben», berichtet Giovanni zum Ende unseres Interviews – und bestärkt uns damit auch in unserer Vision, wie ein solidarischer Kiez hier im Wedding aussehen könnte. ☆



Bastai Die Erwerbsloseninitiative **1**

Schererstr. 8, 13347
Beratung auf Englisch, Italienisch, Deutsch, Deutsche Gebärdensprache (DGS) am Di. 14 - 17 Uhr | auf Englisch, Deutsch am Mi. 10 - 13 Uhr | auf Englisch, Spanisch, Deutsch, Rumänisch und DGS (auf Anfrage), Beratung Selbstständig Do. 15 - 18 Uhr, am 3. Do. im Monat
EOTO e.V. **2**
 Togosstraße, 76, 13351
 Beratung für schwarze Menschen in Diskriminierungsfällen
 Mi. 11 - 13 Uhr | Fr. 15 - 17 Uhr

Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union Berlin **3**

Grüntaler Straße 24, 13357
Infoveranstaltungen: Jeden 1. Fr. im Monat, 19 Uhr. | Offenes FAU-Lokal: Immer Fr. von 17-20 Uhr. | **Gewerkschaftliche Beratung:** Jeden 2. & 4. Fr. von 17-18 Uhr. **Anmeldungen** vorab per Mail an faub-beratung@fau.org | **MieterInnenberatung:** Jeden 4. Mo. im Monat, 18-19 Uhr (in Kooperation mit Rechtsanwältin Carola Handweg) | **Beratung zu Sexismus am Arbeitsplatz:** Jeder 1. Fr. im Monat, 18-19 Uhr | **Beratung zu sexualisierter Diskriminierung/Gewalt am Arbeitsplatz & beim Jobcenter und bei Vorfällen in der Gewerkschaft:** Nur nach vorheriger Anmeldung per E-Mail an faub-kontakt@fau.org.

Rechtsberatung bei Ami*Curiae **6**

Prinzenallee 58 C
 (2. Hinterhof, Erdgeschoss)
 Die Beratung bezieht sich auf deutsches Recht und die Grenzen von deutschem Recht im Kontext von Aufenthalt, Asyl und sozialen Fragen. Jeden 2. Mittwoch, 18-20:00 (21.6., 5.7.), bitte vorher anmelden.
ReachOut
 Beusselstr. 35, 10553
 Anlaufstelle und Opferberatung
 Erstkontakt per Tel. 030 69568339
 Mail: info@reachoutberlin.de
 Mo. - Fr. 10-17 Uhr

Register Berlin Mitte **7**

Jeden 3. Mi. im Monat, Ende Gelände
 Triesen | Jeden 1. Do. im Monat
 Hände weg vom Wedding Triesen
Anlaufstellen:
NARUD e.V.
 Genterstr. 7, 13353 Berlin
Wendepunkt GmbH
 Gottschedstr. 4, 13353 Berlin
Demokratie in der Mitte / **7**
Vor-Ort-Büro
 Fabrik Osloer Strasse e.V.
Lotsenprojekt „Die Brücke“ e.V.
 Hochstädter Straße 16

Café Cralle **8**

Jeden Montag, Lesetresen
 Hochstädter Straße 10 A
 Jeden Montag, Lesetresen

Frauen*knaipekollektiv **9**

Jeden 3. Mi. im Monat, Ende Gelände
 Triesen | Jeden 1. Do. im Monat
 Hände weg vom Wedding Triesen

PLUMPE **9**

PLUMPE65.PRESS | POST@PLUMPE65.PRESS